

ARGUMENTE FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



WELTWEIT IMMER MEHR MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Weltweit befinden sich derzeit rund 103 Millionen Menschen auf der Flucht – das ist mehr als ein Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Etwa 58 Millionen von ihnen sind Binnenvertriebene, die Zuflucht innerhalb ihres Heimatlandes gesucht haben. Die Fluchtgründe sind zahlreich, wie etwa der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan und die katastrophale Menschenrechtslage in vielen weiteren Ländern zeigen. All diese Ursachen lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Geflüchtete aber brauchen sofort Schutz. Wir müssen jetzt handeln.

NIEMAND FLIEHT FREIWILLIG

Wer in Europa Schutz sucht, hat großes Leid erlebt. Menschen fliehen, weil sie aufgrund ihrer Religion, sexuellen Orientierung oder politischen Anschauungen verfolgt werden. Andere wollen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat entkommen. Geflüchtete erleben in benachbarten Erstaufnahmeländern oft unhaltbare Zustände, sodass einige nach Europa weiterreisen. Dabei ist diese Flucht lebensgefährlich: Mehr als 3.200 Menschen wurden 2021 allein auf der Mittelmeerroute als vermisst oder verstorben gemeldet. Zahlreiche Schutzsuchende erleiden in Transitländern und an Grenzübergängen schwerste Menschenrechtsverletzungen. Kein Mensch nimmt diese gefährliche Reise ohne triftigen Grund auf sich.

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT

Dass ein Staat Geflüchteten Schutz gewährt, ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern auch eine völkerrechtliche Verpflichtung. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewährt jedem Menschen das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen und ein faires Asylverfahren zu durchlaufen. Außerdem verbietet es die Genfer Flüchtlingskonvention, Menschen in ein Land zurückzuschicken, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich zur Einhaltung dieser Grundsätze verpflichtet. In Deutschland ist das Asylrecht sogar ein Grundrecht. Es ist also Europas Pflicht, Menschen in Not Schutz zu gewähren.

EUROPA MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Etwa 70 Prozent der Schutzsuchenden, die ihr Heimatland verlassen müssen, fliehen in umliegende Regionen. Nur wenige reisen weiter nach Europa: 2022 wurden in der EU 924.000 Asylanträge gestellt. Die europäische Abschottungspolitik enorm dazu beigetragen: Anstatt ein menschenwürdiges Asylsystem in Europa aufzubauen, wurden Milliarden Euro investiert, um an den EU-Außengrenzen knapp 1000 Kilometer Zäune und Mauern zu errichten. Indem die EU Schutzsuchende daran hindert, in Europa Asyl zu beantragen, entzieht sie sich ihrer globalen Verantwortung und der Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz.

SCHÜTZEN STATT ABSCHOTTEN

Im Februar 2022 startete der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seitdem ist über ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung geflohen. Fast fünf Millionen Schutzsuchende wurden mittlerweile in der EU aufgenommen, die meisten in Polen und Deutschland. Die größtenteils reibungslose Aufnahme der Geflüchteten, die von beeindruckendem Einsatz der Zivilgesellschaft begleitet wurde, zeigt: Die EU verfügt über das Potenzial, Menschen in Not Schutz zu gewähren. Umso stärker fällt die intensivierete Abschottungspolitik gegenüber Schutzsuchenden aus anderen Herkunftsländern ins Auge. Diese Ungleichbehandlung muss beendet werden. Allen Geflüchteten gebührt menschenwürdiger Schutz vor Verfolgung und Krieg.

ES GIBT KAUM SICHERE FLUCHTWEGE

Asylanträge in der EU müssen in einem Mitgliedstaat gestellt werden. Doch es gibt kaum legale und sichere Wege dorthin. Die Einreise über Land- und Seefluchtrouten wird mit allen Mitteln unterbunden. Die EU-Kontingente des Resettlement-Programms der Vereinten Nationen können den Bedarf nicht annähernd decken: 2021 konnten bei 1,4 Millionen benötigten Plätzen nur 57.000 Geflüchtete umgesiedelt werden. Die EU-Staaten müssen im Sinne einer globalen Verantwortungsteilung mehr Menschen aufnehmen, humanitäre Visa erteilen und den Familiennachzug zu Geflüchteten erleichtern.

IN EUROPAS NACHBARSCHAFT DROHEN HAFT UND FOLTER

Fluchtrouten nach Europa führen Schutzsuchende durch gefährliche Transitstaaten. In Libyen etwa können Geflüchtete auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden. In Haft werden sie misshandelt und gefoltert. Ähnlich ist es in Marokko. Dort werden Geflüchtete bei dem Versuch, die Außengrenzen der EU zu überqueren, teils brutal zurückgehalten, inhaftiert und bis zu 1.000 Kilometer weit entfernt wieder ausgesetzt. Die EU kooperiert mit dem Grenzschutz solcher Staaten und sorgt dafür, dass Schutzsuchende in Transitländern gefangen sind und keine Chance auf Asyl in Europa erhalten.

DIE MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

In Deutschland und der EU wird das Menschenrecht, Asyl zu suchen, seit Jahren ausgehöhlt. Die Rechte Schutzsuchender werden wegen Differenzen und fehlender Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zunehmend eingeschränkt. Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen werden faktisch geduldet, anstatt das europäische Asylsystem zu einem Garanten für Schutz und Sicherheit in Europa auszubauen. Diese Aushöhlung des Asylrechts stellt alle Menschenrechte zur Disposition. Ein Bekenntnis zum Recht, Asyl zu suchen, ist ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten.

ERST MENSCHEN, DANN GRENZEN SCHÜTZEN

Sie sind verzweifelt auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und Armut: Jedes Jahr versuchen Zehntausende Menschen, das Mittelmeer zu überqueren. Die europäische Abschottungspolitik zwingt sie, die gefährlichste Fluchtroute der Welt zu nehmen. Unzählige von ihnen ertrinken. Dieses grausame Sterben muss endlich gestoppt werden! Die EU ist verpflichtet, das Leben von Bootsflüchtlingen zu retten. Auch die Flüchtlinge auf der sogenannten Balkanroute werden zu Opfern der EU-Abschottungspolitik: Ihnen drohen Inhaftierungen, rechtswidrige Rückführungen an der Grenze und menschenunwürdige Lebensbedingungen.

Migranten sitzen an der polnischen Grenze in Belarus fest.



GEMEINSAM IM EINSATZ

Petitionen, Protestaktionen, Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft: Amnesty International setzt sich weltweit für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Regelmäßig führen Amnesty-Mitarbeiter*innen Ermittlungsmissionen in unterschiedlichen Ländern durch, um sich vor Ort selbst ein Bild der Lage zu machen. So reisten Amnesty-Delegationen in den vergangenen Jahren auf die italienische Insel Lampedusa, an die ungarisch-serbische Grenze oder nach Jordanien und in den Irak, um mit Flüchtlingen zu sprechen und ihre Situation in Berichten zu dokumentieren.

Amnesty Mitarbeiter*innen während einer Recherche in die Ukraine



FLÜCHTLINGSARBEIT IN DEUTSCHLAND

Bundesweit gibt es mehr als 200 ehrenamtliche Asyl-Beraterinnen und -Berater von Amnesty International, die Flüchtlingen bei allen Fragen rund um das Asylverfahren helfen. Sie nehmen regelmäßig an Schulungsseminaren teil, um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten. Zur Einschätzung der Situation in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen stellt Amnesty International Informationen bereit und erstellt Gutachten für Gerichtsverfahren.



Amnesty-Mitglieder aus ganz Europa bei einer Aktion in Bulgarien

WIR HANDELN KONSEQUENT

Wir stellen uns der Verantwortung und zeigen, dass Menschenrechte nicht bloß Lippenbekenntnisse und „Schönwetterrechte“ sind. Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung des Rechts, Asyl zu suchen. Dazu gehört:

- die Durchführung fairer Asylverfahren
- die Gewährleistung sicherer und legaler Zugangswege
- die Entwicklung eines solidarischen gemeinsamen europäischen Asylsystems
- die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten



WERDEN SIE AKTIV!

Setzen Sie sich mit uns für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik ein! Weitere Informationen finden Sie auf:

www.amnesty.de/fluechtlinge

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-488 . E: info@amnesty.de . W: amnesty.de

SPENDENKONTO . DE23 3702 0500 0008 0901 00 . Bank für Sozialwirtschaft . BIC: BFSWDE33XXX

© Amnesty International, März 2023, V.i.S.d.P. Franziska Vilmar, Art.-Nr. 54023

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)

[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

